

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Europaausschuss**

17. WP - 7. Sitzung

am Mittwoch, dem 3. März 2010, 9:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender

Hauke Göttsch (CDU)

Niclas Herbst (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

i.V. von Markus Matthießen

Heiner Rickers (CDU)

Wilfried Wengler (CDU)

Rolf Fischer (SPD)

Anette Langner (SPD)

Birte Pauls (SPD)

Jens-Uwe Dankert (FDP)

Kirstin Funke (FDP)

Ranka Prante (DIE LINKE)

Anke Spoorendonk (SSW)

### **Weitere Abgeordnete**

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Umsetzung der EU-Ostseestrategie in Schleswig-Holstein</b>	<b>4</b>
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/159	
hierzu: Umdruck 17/155	
(überwiesen am 29. Januar 2010)	
<b>2. Anhörung</b>	<b>6</b>
<b>Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion Soziales Europa</b>	
Drucksache 16/2611	
hierzu: Umdrucke 17/206, 17/253, 17/254, 17/255, 17/258 (neu), 17/268, 17/406, 17/418, 17/419, 17/420, 17/434, 17/435, 17/437, 17/438, 17/445, 17/450	
<b>3. Verschiedenes</b>	<b>11</b>

Der Vorsitzende, Abg. Voß, eröffnet die Sitzung um 9:10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Umsetzung der EU-Ostseestrategie in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/159

(überwiesen am 29. Januar 2010)

hierzu: Umdruck 17/155

Abg. Herbst führt aus, dass von Seiten seiner Fraktion noch Beratungsbedarf bestehe und man in dieser Sitzung des Europaausschusses keine Beschlussempfehlung werde verabschieden können. Seiner Ansicht nach solle in einem Antrag zur Umsetzung der EU-Ostseestrategie auch die Ostseeparlamentarierkonferenz sowie der Zusammenarbeit mit Russland Erwähnung finden. Darüber hinaus sollten zusätzlich zu den von der SPD genannten Punkten auch die Stärkung der Investitionskraft, Bildung, Wissenschaft und Forschung erwähnt werden.

Abg. Funke ergänzt, dass auch Erneuerbare Energien und Gesundheit von Bedeutung sein sollten.

Abg. Langner erklärt, man habe von Seiten der SPD kein Problem damit, die genannten Punkte in den Antrag zu übernehmen.

Abg. Spoorendonk bekräftigt, dass es möglich sein sollte, einen gemeinsamen Antrag zu verabschieden. Auf eine Anregung von Abg. Spoorendonk, sich im Bereich des Tourismus mit Mecklenburg-Vorpommern abzustimmen, führt der Vorsitzende aus, dass Tourismus der Schwerpunkt Mecklenburg-Vorpommerns sei. Dies solle bei der Formulierung des Antrags berücksichtigt werden.

Abg. Spoorendonk regt an, die Landesregierung aufzufordern, darüber zu berichten, wie sie gedenke, sich in den Prozess einzubringen.

Der Vorsitzende schlägt vor, darauf hinzuarbeiten, im März-Plenum einen Antrag im Landtag zu verabschieden und gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass bis dahin ein Konsens gefunden werden könne.

Der Ausschuss kommt überein, so zu verfahren.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Anhörung**  
**Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion**  
**Soziales Europa**

Drucksache 16/2611

hierzu: Umdrucke 17/206, 17/253, 17/254, 17/255, 17/258 (neu), 17/268,  
17/406, 17/418, 17/419, 17/420, 17/434, 17/435, 17/437,  
17/438, 17/445, 17/450

Zunächst führt der **stellvertretende Hauptgeschäftsführer der IHK zu Flensburg, Herr Ulrich Spitzer**, in die Thematik ein und stellt die Kernpunkte der Stellungnahme der IHK, Umdruck 17/450, vor.

Auf Nachfragen der Abg. Pauls und Herbst führt Herr Spitzer aus, dass es besonders bei den gering qualifizierten Arbeitnehmern ein Problem bei der Beschäftigung im Grenzland gebe.

Auf Bitte von Abg. Fischer sagt Herr Spitzer zu, den Fragebogen einer von der IHK durchgeführten Umfrage dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen (Umdruck 17/516). Die Ergebnisse der Umfrage, die zurzeit in Form von einer Broschüre zusammengestellt würden, werde er dem Ausschuss ebenfalls zur Verfügung stellen.

Auf eine weitere Nachfrage des Abg. Fischer betont Herr Spitzer, dass eine Vereinheitlichung beziehungsweise Harmonisierung der Sozialsystems nicht praktikabel sei.

Auf eine Nachfrage der Abg. Spoorendonk führt Herr Spitzer aus, seiner Kenntnis nach gebe es in Kürze einen Bericht, der sich mit der Anerkennung von Abschlüssen diesseits und jenseits der Grenze beschäftige. - Abg. Fischer schlägt vor, diesen Bericht im Ausschuss zu erörtern.

Im Zusammenhang mit der Entwicklung des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes spricht Abg. Dankert die möglichen Chancen an, die aus dem Bau der festen Fehmarnbelt-Querung erwachsen. - Herr Spitzer führt dazu aus, die Erwartungen in der Region seien hoch, dass es positive Effekte geben werde.

Der Vorsitzende möchte wissen, wie Europa sich weiterentwickeln und im Wettbewerb bestehen könne und gleichzeitig seine Sozialpolitik verbindlich weiterentwickeln könne. - Herr Spitzer erläutert, er sehe eine Perspektive nur in den Mitgliedstaaten selbst, die für die Lösung verantwortlich seien. Es sei utopisch, eine eigene europäische Rentenversicherung aufzubauen, daher könne die Europäische Union nur Vorgaben machen, die die Mitgliedstaaten nicht überfordern dürften. Die Lösung für Europa könne nicht sein, ein durchgehend gleiches Sozialsystem vorzugeben, dazu sei Europa zu vielfältig. Der Handel habe besonders den baltischen Staaten ein gewisses Maß an Wohlstand gebracht, das diese Länder jetzt nutzen müssten, um Sozialsysteme zu schaffen und die Gesellschaft zu stabilisieren.

Auf eine Frage des Abgeordneten Fischer zum freiwilligen Engagement, das in der Stellungnahme der IHK gefordert sei, führt Herr Spitzer aus, dieses zeige sich vielfach von kleinen und mittleren Unternehmen auf Ebene der Gemeinde, zum Beispiel durch Sponsoring an Vereinen auf Gemeindeebene bis hin zum Sponsoring beim Schleswig-Holstein Musik Festival. Bedenklich sei, dass durch häufig damit verbundenen bürokratischen Aufwand das Engagement der Unternehmen unter Umständen gebremst würde. Es müsse verhindert werden, dass durch Berichtspflichten, die nur von größeren Unternehmen zu erfüllen seien, der Mittelstand benachteiligt werde.

**Arnd Spahn, Agrarsekretär der European Federation of Food, Agriculture and Tourism Trade Unions (EFFAT)** gibt nach einer kurzen persönlichen Vorstellung einen Einblick in die Wahrnehmung Schleswig-Holsteins aus der Sicht Brüssels. Schleswig-Holstein sei - von Brüssel aus betrachtet - eine Region von vielen, die in Konkurrenz zu vielen anderen Regionen stehe. Wichtig sei, konstruktive und nachhaltige Lösungen zu finden, die das Miteinander nicht störten. Im Diskussionsprozess zum Vertrag von Lissabon sei es gelungen, diesen Geist zu transportieren. Insgesamt sei dieser Vertrag positiv zu bewerten, allerdings gebe es auch Nachbesserungsbedarf. So fordere die EFFAT, die nationalen Opting-out-Möglichkeiten zeitlich zu begrenzen mit dem Ziel, sie zu beenden. Insgesamt gehe es längst nicht mehr um die Frage, ob Europa einen gemeinsamen Binnenmarkt haben solle. Wirtschaftspolitische Ziele müssten zunehmend durch gesellschaftspolitische Ziele ersetzt werden, so müssten auch Institutionen geschaffen werden, die dies umsetzen könnten. Der neue Vertrag werde dabei helfen, die Zeit der Wirtschaftsorientierung zu überwinden.

Wichtig sei die Frage - so fährt Herr Spahn fort -, ob Europa in der Lage sei, gesellschaftspolitische Modelle vorzugeben - auch im Hinblick auf zum Beispiel die Entwicklung Afrikas. Europa müsse es schaffen, seine Institutionen zu modernisieren und seinen Worten Taten folgen zu lassen. Europa müsse verstärkt auch darauf achten, Verträge mit anderen Staaten nur unter der Bedingung zu schließen, dass dort auch soziale Standards eingehalten würden. Die

Fragestellung der sozialen Aspekte Europas werde einen entscheidenden Anteil daran haben, welche Entwicklungsmöglichkeiten die Europäische Union in Zukunft habe. Als Beispiel dafür nennt er die USA, deren Binnenmarkt teilweise weniger einheitlich sei als der der Europäischen Union. Die Europäische Union, die ursprünglich ein Friedensprojekt und insofern sehr erfolgreich gewesen sei, könne sich durch ihr zunehmendes Wachstum und die Tiefe der Integration nicht nur auf wirtschaftspolitische Fragestellungen begrenzen.

Ein weiteres Beispiel in diesem Zusammenhang sei die Situation der in der Landwirtschaft tätigen Wanderarbeitnehmer in den baltischen Staaten, die sehr schlecht sei. Es gäbe dort keine Fortschritte in der Sozialpartnerschaft und zu wenig Umsetzung von europäischen Arbeitsschutzrichtlinien. Insgesamt gebe es unterschiedliche Motive für die Einbindung sozialer Aspekte in die Entwicklung der Europäischen Union, wichtig sei, dass man darüber diskutiere. Der Vertrag von Lissabon und die Grundrechtecharta seien ein Schritt in die richtige Richtung.

Als weiteres Beispiel nennt Herr Spahn landwirtschaftliche Unternehmen, die auch in Deutschland Arbeitsspitzen durch Mitarbeiter abarbeiten ließen, die aus anderen europäischen Mitgliedsstaaten oder aus Nicht-EU-Staaten kämen und pauschal nur 40 % des Lohns der festangestellten Mitarbeiter bekämen. Dies habe dazu geführt, dass Ansehen und die Zukunftsfähigkeit der Branche zu zerstören. Schwierigkeiten gebe es auch bei der Suche nach Betriebsnachfolgern. Dieses Problem bestehe sogar angesichts der Tatsache, dass europaweit in den kommenden fünf Jahren fünf Millionen Arbeitsplätze in diesem Sektor verlorengehen würden. In der Europäischen Union gebe es aber Best-practice-Modelle.

Im Rahmen der Stärkung der sozialpolitischen Instrumente, unter anderem durch die Methode der offenen Koordinierung, müsse mehr Gerechtigkeit in dem Sozialsektor geschaffen werden - auch grenzüberschreitend. Für Saisonarbeiter müsse auch gelten, dass wenn sie sich mit Beiträgen an der Solidargemeinschaft beteiligten, sie auch Leistungen, zum Beispiel aus der Altersvorsorge, beziehen könnten. Dies sei jedoch im Moment nicht der Fall. Aus diesem Grund fordere die EFFAT einen klaren Fortschritt bei der Übertragung von Altersleistungen. Ziel der einzelnen Regionen müsse sein, sich einige, klar umgrenzte Ziele zu setzen und diese als Leuchttürme zu definieren. Zudem müssten Strukturen auf regionaler Ebene geschaffen werden, die ermöglichen festzustellen, inwieweit Rechtsetzungen der Europäischen Union regionale Ziele konterkarierten, beeinflussten oder sogar befördern könnten. Wenn man darüber hinaus in Brüssel politisch etwas erreichen wolle, müsse man sich zuerst darüber im Klaren sein, was man wolle, das heißt, es müsse auch eine Willensbildung im jeweiligen Landtag stattfinden.



Auf eine Frage des Abg. Rickers führt Herr Spahn aus, dass der landwirtschaftliche Sektor derjenige mit der höchsten Zahl an grenzüberschreitenden Wanderarbeitern sei. Der zweitgrößte Sektor sei der Tourismus. Erst dann folge die Bauwirtschaft.

Auf eine Frage der Abg. Spoorendonk führt Herr Spahn aus, dass die Urteile des Europäischen Gerichtshofs, die teilweise gegen Gewerkschaften gerichtet seien, Ergebnis der fehlenden sozialpolitischen Instrumente auf europäischer Ebene seien. Wichtig sei, dass sich die Politik der Erkenntnis nicht verschließe, dass ein Prozess notwendig sei, um Europa weiterzuentwickeln. Durch den Vertrag von Lissabon habe eine Stärkung der Rolle des Europäischen Parlaments stattgefunden. Damit einhergehen müsse auf regionaler Ebene auch die Erkenntnis, welche Möglichkeiten sich daraus für die einzelnen regionalen Gebietskörperschaften ergäben.

Auf eine Frage der Abg. Funke führt Herr Spahn aus, dass landwirtschaftliche Wanderarbeitsbewegungen dann verhindert werden müssten, wenn in den Zielländern Lohndumping und in den Herkunftsländern „Braindrain“ betrieben werde. Zusammenfassend betont er, dass innerhalb der Europäischen Union gleicher Lohn für gleiche Arbeit bezahlt werden müsse, besonders auf regionaler Ebene. Dort dürfe es keine Ungleichheiten aufgrund von Herkunft oder Geschlecht geben.

**Petra Thobaben, Landespastorin in Schleswig-Holstein**, führt in die Arbeit der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände und des Diakonischen Werks ein. Auf europäischer Ebene gehe es nicht darum, eine völlige Vereinheitlichung der Sozialsysteme zu erreichen, sondern aufgrund gemeinsam vorhandener Grundwerte Lösungsmöglichkeiten miteinander zu diskutieren. Ein wichtiges Ziel in dem Zusammenhang sei die Verringerung der Armut. Wünschenswert sei ihrer Ansicht nach, über die Methode der offenen Koordinierung zu einem Monitoring der arbeitsbezogenen Lage in Schleswig-Holstein zu kommen. Das Diakonische Werk biete an, gemeinsam mit dem Land Schleswig-Holstein Lösungen anzustreben, die auch im europäischen Rahmen tragfähig seien.

**Jens-Peter Jensen, Geschäftsführer des Landesjugendrings Schleswig-Holstein**, führt in die Arbeit des Landesjugendrings ein und stellt die Schwerpunkte der Stellungnahme des Landesjugendrings, Umdruck 17/418 dar. Durch die Arbeit des Ostsee-Jugendbüros werde deutlich, dass sich in den baltischen Staaten und dem an die Ostsee grenzenden Teil Russlands die soziale Situation deutlich verschärft habe. Die Idee, eine Sozialpolitik auf europäischer Ebene zu verankern, sei gut, jedoch müsse aus Sicht des Landesjugendrings auch hier das Subsidiaritätsprinzip Beachtung finden.

**Alexandra Ehlers, stellvertretende Vorsitzende des Landesjugendrings**, führt aus, die EU-Jugendstrategie sei ein großes Thema des Landesjugendrings. Richtig sei, dass auch informelle Bildung für Jugendliche möglich und in ihren Effekten für die Gesellschaft greifbar werde. Soziales Engagement werde in manchen Ostseeanrainerstaaten, zum Beispiel im Baltikum, nicht anerkannt, obwohl dort die Jugendarbeitslosigkeit bei über 30 % liege. Eine Rolle spiele auch Gender Mainstreaming und die Frage, was Jugendliche von Europa erwarteten und welche Anforderungen von Europa an Jugendliche gestellt würden.

Auf eine Frage der Abg. Spoorendonk erläutert Frau Ehlers, die EU-Jugendstrategie sei in Brüssel entwickelt worden und befindet sich jetzt in der Umsetzung. Auf eine Nachfrage des Abg. Herbst zum Einwerben europäischer Mittel legt Frau Ehlers dar, dass die Einwerbung solcher Mittel möglich, aber für große Verbände deutlich einfacher sei, weil der bürokratische Aufwand nicht unerheblich sei. - Auf eine weitere Frage des Abg. Herbst betont sie, dass Jungen trotz schlechterer Bildungsabschlüsse bessere Ausbildungsplätze erhielten. Von Armut seien vor allem alleinerziehende Frauen betroffen. - Herr Jensen ergänzt, dass sich das Projekt des Landesjugendrings „Kein Kind ohne Ferienerholung“ natürlich auf Jungen und Mädchen gleichermaßen beziehe. Dieses Projekt werde überdies zu einem erheblichen Teil aus privaten Mitteln gefördert. Problematisch sei häufig, dass sich Jungen im Erziehungssystem nicht angesprochen fühlten. Aus diesem Grund müsse aus Sicht des Landesjugendrings ein möglichst ausgeglichenes Verhältnis zwischen männlicher und weiblicher Betreuung vorhanden sein.

Auf eine Frage des Abg. Fischer betont Frau Thobaben, sie halte eine europäische Sozialpolitik und Gemeinwohlorientierung für notwendig. Man dürfe sich auch nicht der Illusion hingeben, dass Europa weit weg sei. Im Gegenteil, Europa beeinflusse das Handeln. Auch eine Vergleichbarkeit zwischen den Mitgliedsstaaten zum Beispiel im Hinblick auf die Bekämpfung von Diskriminierung und Frauenfeindlichkeit sei notwendig. Eine klare zivilgesellschaftliche Orientierung und eine Beteiligung an Europa müsse das Ziel sein. Das Diakonische Werk habe auch eine Referentin für europäische Fragen. - Auf die Frage des Abg. Fischer zum Monitoring betont Frau Thobaben, dass die Einrichtung eines begleitenden Gremiums sinnvoll sei, dass eine kontinuierliche Befassung mit europäischen Themen ermögliche.

Frau Ehlers führt auf eine weitere Frage von Abg. Fischer aus, dass ihrer Erfahrung nach das Interesse von Jugendlichen an Europa stetig wachse, allerdings auch stärker individualisiert sei als früher. - Herr Jensen ergänzt, dass die Nachfragen aus dem schulischen Bereich zu Möglichkeiten, Europa kennenzulernen, sich in den letzten Jahren verdreifacht hätten. Eine Europamüdigkeit bei Jugendlichen sei so nicht feststellbar.

Auf eine Frage der Abg. Pauls zu der Zahl derjenigen, die Auslandspraktika in Anspruch nehmen, führt Herr Jensen aus, dass im kaufmännischen Bereich die Bereitschaft dazu traditionell größer sei. Das Handwerk hole in diesem Bereich aber auf. Bei den Betrieben gebe es jedoch häufig die Angst, dass Berufsschüler etwas versäumen könnten, während sie Zeit im Ausland verbrächten. Wichtig sei seiner Ansicht nach, die Sinnhaftigkeit von Auslandsaufenthalten zu betonen. Gute Arbeit in dieser Richtung werde von den Europaschulen geleistet.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Abg. Voß, schließt die Sitzung um 12:20 Uhr.

gez. Bernd Voß  
Vorsitzender

gez. Thomas Wagner  
Geschäfts- und Protokollführer